

i Fijáte !

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 303

11. Feb. 2004

10. Jahrgang

Revolutionäres Jubiläum

Jorge Soto und Alba Estela Maldonado, die als KommandantInnen zu den Führungsgremien der ehemaligen Guerilla gehörten, sprachen anlässlich des 22. Jubiläums der offiziellen Gründung der *Nationalen Revolutionären Einheit Guatemalas* (URNG) am 07. Februar mit der Tageszeitung *elPeriódico*.

Heute sitzen beide Interviewten im Kongress. Jorge Soto, als „Pablo Monsanto“ ehemals Chef des Guerilla-Kaders *Fuerzas Armadas Rebeldes* (FAR), das inzwischen nicht mehr zur URNG gehört, kandidierte bei den Wahlen im November 2003 als erster auf der Nationalen Liste der Partei *Allianz Neue Nation* (ANN). Alba Estela Maldonado, alias „Kommandantin Lola“ des Kaders *Ejército de los Pobres* (EGP) ist heutige Generalsekretärin der Partei URNG.

Die Interviews, in denen beide in etwa die gleichen Fragen beantworten, erschienen in *elPeriódico* am 01. Februar 2004.

Interview mit Jorge Soto

Frage: Von wem und wo wurde die Gründungsurkunde der URNG unterzeichnet?

Jorge Soto: In Nicaragua, Ende 1980. Dort wurde das Dokument unterschrieben. Anfangs nannte sie sich noch nicht URNG sondern nur "Revolutionäre Einheit", aber sie hatte noch keinen Namen.

Frage: Was war der Grund, die vier Organisationen FAR, EGP, ORPA (Organización del Pueblo en Armas) und PGT (Partido Guatemalteco del Trabajo) in der URNG zusammenzulegen?

J. S.: Um die Kräfte und Ressourcen zu vereinen, über die die vier Guerilla-Gruppierungen verfügten.

Frage: War das die Antwort auf den Druck des sozialistischen Blocks, der seine Unterstützung, die er leistete, besser ordnen und organisieren musste?

J. S.: Das lief anders. Ich hatte Rolando Morán, den höchsten Kommandante des EGP, seit 12 Jahren nicht mehr gesehen, als ich ihn zufällig in Guatemala-Stadt traf. Meine Frau und ich waren auf Wohnungssuche und wollten uns gerade eine ansehen: Wir klingelten, und er öffnete die Tür. Aber er erkannte mich nicht. Denn als er 1964 Guatemala verliess, war ich 19. Wir gingen wieder, und als ich kurz darauf zurückkam, sprach ich ihn an: "Haben Sie mich inzwischen erkannt?" Er blickte mich an und lud mich in die Wohnung ein. Ab dem Moment fingen wir an, uns zu treffen. Anfangs nahm die ORPA nicht daran teil. Aber bei einer Versammlung 1979 ermöglichten die Kubaner ein Treffen zwischen uns und der ORPA. Und Ende 1980 begaben wir uns auf Einladung der Sandinisten nach Nicaragua.

Frage: Von Druck kann also keine Rede sein.

J. S.: Die Kubaner sagten uns stets, dass es das Beste sei, sich zusammenzutun, um Hilfe zu erhalten. Aber das war kein Druck, weder von den Kubanern noch von den Sandinisten.

Frage: Doch unter diesen Ermahnungen gab es ja dann doch nicht so viel Spielraum.

J. S.: Das stimmt, aber es war dennoch kein Druck. Sie sagten nie: "Entweder schliesst ihr euch zusammen, oder wir ziehen die Hilfe zurück."

Ausserdem erhielten wir nie wesentliche Hilfe von ihnen.

Frage: Wie viele bewaffnete Menschen gab es zu den besten Zeiten der URNG wirklich?

J. S.: In den besten Zeiten hatte die URNG etwa 6' oder 7'000 Bewaffnete. Das war, als wir anfangen, Waffen von Nicaragua zu kaufen. Hätten wir beispielsweise 1982 über Waffen verfügt, hätten wir zwischen 20' und 25'000 Leute ausrüsten können.

Frage: Was war die militärische Hauptaktion der URNG?

J. S.: Ich könnte Ihnen sagen, dass wir - zumindest in unserem Fall der FAR - eine wichtige Operation durchführten, in der wir praktisch eine komplette Kompanie vernichtet haben.

Frage: Ich fragte Sie nach der grössten Aktion?

J. S.: Es gab einige. Es ist bloss so, dass die URNG nie von der zeitlichen zur räumlichen Koordination überging. Einer der Ansätze war, die Kräfte der URNG zu konzentrieren, um überzeugendere Schläge auszuteilen. Dass sich zum Beispiel 2'000 Leute zusammenfinden, um eine Militärbasis einzunehmen. Aber das wurde nie realisiert.

Frage: Die URNG war nie eine einheitliche Organisation im Feld.

J. S.: Die Kommandantur einigte sich darauf, dass ein Feldzug auf nationaler Ebene durchzuführen sei. Daraufhin machte jede Organisation, was sie konnte, aber es gab nie einen Konsens. Es war immer eine sehr schwache Einheit. Es gab keine Einigungsebene.

Frage: Und die militärische Hauptniederlage, die Sie im Feld erlitten?

J. S.: Ich denke, den schwersten militärischen Schlag versetzte die Armee der Bevölkerung, der Volksorganisation. Der Guerilla direkt nie.

Frage: Hat sich der interne Krieg gelohnt?

J. S.: Nun, ich glaube, wenn wir ihn aus der Distanz betrachten, hat er sich bezüglich einiger Aspekte gelohnt.

Frage: Es gab mehr als 100 000 Tote, für die das Heer direkt verantwortlich ist. Fühlen Sie sich indirekt mitverantwortlich dafür?

J. S.: Klar.

Frage: Und wie erklären Sie sich vor ihrem eigenen Gewissen, vor Ihren Kindern, Ihrer Partnerin?

J. S.: Wir waren jung und waren uns sicher, und zu der Zeit richtete sich ein grosser Teil der Menschheit an der Notwendigkeit danach. Es wurde wie eine Art Mode auf dem ganzen Kontinent.

Frage: Dass eine Veränderung mit Hilfe der Waffen möglich sei?

J. S. Wir verfügten alle über eine starke Dosis Idealismus. Wir hatten nie damit gerechnet, dass es so lange dauern würde.

Frage: In Ihrem Alter von 58 Jahren zurückblickend: Hat es sich gelohnt?

J. S.: Es hat sich durchaus gelohnt. (...) Gleichzeitig gibt es Momente im Leben, in denen man sich fragt, warum man früher nicht anders gehandelt hat. Aber wir taten, was wir glaubten tun zu müssen. Unser Traum war, mit Panzern in die Hauptstadt einzuziehen.

Frage: Wann kamen Sie zu dem Schluss, dass Sie den Krieg nicht gewinnen würden und es notwendig sei, einen Ausgang per Verhandlung zu suchen?

J. S.: Während des Friedensprozesses. Denn zu Beginn war die Verhandlung Teil des politischen Kampfes. Wir glaubten, dass wir uns während der Verhandlungen wieder bewaffnen und neu organisieren würden. Aber dann überschrritten wir die Verhandlungslinie, von wo aus es kein Zurück mehr gab. Und ab dem Zeitpunkt verstärkte sich der internationale Druck, weiter zu verhandeln. Wir hatten keine Alternative mehr.

Frage: Das heisst, als sie sich mit an den Verhandlungstisch setzten, waren Sie bereit, den Krieg fortzuführen?

J. S.: Ja.

Frage: Und gab es keinen Prozess der internen Reflexion?

J. S.: Aber klar. Es gab sogar Loslösungstendenzen. Das EGP war am Punkt des Verschwindens. Es gab eine sehr starke interne Teilung und die Einheit diente dazu, das EGP zu retten. Zu dem Zeitpunkt waren wir nicht dafür, den Krieg aufzugeben. Das grösste Hindernis bestand darin, was schon immer zwischen den revolutionären Organisationen gestanden hatte: dieser Wettkampf darum, welche der Organisationen im Konflikt selbst die Hegemonie innehatte.

Frage: Vier Jahre nach den Massakern von 1982 durchliefen Sie also einen internen Reflexionsprozess. Und dabei gelangten Sie zu dem Schluss, dass es angemessen wäre, mit dem Krieg weiterzumachen?

J. S.: Ja. Wir kamen zu dem Schluss, dass die Strategie zu ändern sei, dass in Verhandlungen einzutreten sei. Wir hatten gesehen, dass das Militär es geschafft hatte, die Guerilla-Kräfte zu isolieren.

Frage: Warum wandelte sich die URNG nie in eine entscheidende politische Kraft?

J. S.: Dem Ganzen lagen immer persönliche Interessen zugrunde. Dieser Kampf um die Hegemonie der revolutionären Bewegung. Selbst heute gibt es innerhalb der URNG nicht ein Projekt, sondern zwei oder drei.

Frage: Waren Sie nicht der Auffassung, dass es notwendig sei, einen gewichtigen politischen Akteur darzustellen, um diese Projekte Realität werden zu lassen?

J. S.: Von Anfang an, als sich die drei Parteien zusammenschlossen, die die Notwendigkeit sahen, die Massen zu organisieren. Aber die ORPA war der Meinung, dass das bedeutete, den Massen den Tod zu bringen.

Frage: Hat Ihnen die ORPA mal die Massaker des Militärs als Vorwurf unter die Nase gerieben?

J. S. Nie. Und wir hatten diese Diskussionen, in denen wir in drei Punkten einig waren, bloss in einem nicht. Aber es stellte sich heraus, dass eben dieser Aspekt essenziell war.

Frage: Was bleibt der Linken nun also übrig?

J. S.: Sein Ruf und die Einheit, und wenn nicht das, dann bleibt gar nichts übrig.

Interview mit Alba Estela Maldonado

Frage: Wann und wo wurde die URNG gegründet?

Alba Estela Maldonado: Das weiss ich nicht. Ich weiss nicht, ob es in Nicaragua oder auf Kuba war. Ich bin im September 1980 in die Nationale Direktion des EGP (*Ejército de los Pobres*) gekommen. Es gab eine Verzögerung, da das Militär einige Videobänder beschlagnahmte, mittels derer wir die GenossInnen über die Gründung der Einheit informierten.

Frage: Gab es einen Moment, in dem Sie die URNG als eine einzige Organisation ansahen, oder nahmen Sie sie immer als vier Körperschaften wahr, die sich zusammengetan hatten?

A. E. M.: Die Absicht war, sich zu vereinen. Aber es bestand eine Regionalisierung, und jede Organisation behielt eine gewisse Besonderheit. Man muss das als Prozess betrachten, der heute stärker ist als vor zehn Jahren.

Frage: Was war der wichtigste Beitrag, den die URNG zur Geschichte Guatemalas geleistet hat?

A. E. M.: Dass die Friedensverträge als ein grosser nationaler Pakt gelungen sind.

Frage: Über wie viele bewaffnete Leute verfügte die URNG in ihren besten Zeiten?

A. E. M.: Es gab zwei Momente. In 1979 und 1980 verbreitete sich die revolutionäre Aktion, das ist ein sehr wichtiger Moment. Und dann würde ich sagen, als die finale Offensive gestartet wurde, 1987, als das Militär versuchte, die URNG zu zerstören und wir dagegen halten konnten.

Frage: Aber wie viele bewaffnete Leute hatten Sie?

A. E. M.: Ich sehe das vom EGP aus, denn ich wusste nie, wie viele Leute die ORPA oder die FAR hatten.

Frage: Dann war die Einheit also lediglich eine politische...

A. E. M.: Nein, nein, nein.

Frage: Nein?

A. E. M.: Nein. Denn die militärische Kommandantur kannte ich natürlich schon. Ich war vom Führungsgremium des EGP, aber es war alles in Unterabteilungen aufgeteilt.

Frage: Welches war der wichtigste militärische Sieg der URNG?

A. E. M.: In Cuarto Pueblo: Jahrelang befanden wir uns in einem konstanten Kampf um diesen Posten. Das war ein Symbol der Abnutzung bis zu dem Punkt, an dem es nicht mehr weiterging, keiner mehr konnte, und es notwendig wurde, die politische Lösung zu stärken.

Frage: Wie viele Niederlagen bereiteten Sie dem Militär?

A. E. M.: Unzählige.

Frage: Und ist das etwas, auf das Sie vor allem stolz sind?

A. E. M.: Ja, natürlich. Situationen wie jene hatten zur Folge, dass sich das Militär davon überzeugen konnte, uns militärisch nicht schlagen zu können.

Frage: Zum Zeitpunkt der finalen Offensive hatte die Armee bereits vier Jahre vorher Hunderte von Dörfern dem Erdboden gleichgemacht. Fühlen Sie sich indirekt mitverantwortlich für den Genozid?

A. E. M.: Die Bevölkerung verfügte über einen riesigen Kampfeswillen. Warum beteiligten sich die Leute der Ansiedlungen, der indigenen und bäuerlichen Gebiete, der ländlichen Gebiete, der ArbeiterInnen, der ganzen Bevölkerung, warum beteiligten sich die Leute so entschieden am revolutionären Kampf? Weil dieser der tief greifenden Situation der Armut, der Marginalisierung, der Entmenschlichung, der Repression, der Diskriminierung entsprach.

Frage: Sahen Sie irgendwann einmal das voraus, auf das die Konfrontation hinauslief?

A. E. M.: Die Massaker? Nein. Ich glaube, wir rechneten weder damit noch stellten wir uns vor, dass die Kriminalität und die Wissenschaftlichkeit des Genozids solche Ausmasse annehmen würden.

Frage: Als Sie das sahen - denn Sie in den Führungsriegen haben als Erste davon erfahren - und als Sie neben der Dezimierung der Guerillera-KämpferInnen sahen, dass manche von diesen, die bessere Chancen zur Flucht hatten, auch die Bevölkerung massakrierten, wie haben Sie den Krieg vor sich selbst gerechtfertigt?

A. E. M.: Nun, ich glaube, dass der Genozid selbst Teil der Rechtfertigung ist. Beziehungsweise, dass wir weiterkämpfen mussten, solange sie nicht alles zunichte machten. Wir konnten die Leute nicht im Stich lassen, und solange die Bevölkerung den Willen hatte, weiterzukämpfen, wollten wir bei den Leuten sein, bei den Menschen aus der Bevölkerung.

Frage: Meinen Sie damit, dass die Menschen starben, weil sie nicht bewaffnet waren?

A. E. M.: Nein, die Anzahl der...

Frage: Oder hatten sie zumindest den Willen, gegen das Militär zu kämpfen?

A. E. M.: Ein wesentlicher Teil der Bevölkerung, ja. Der sympathisierte oder... es war eine Art der Sympathie, der Zustimmung zum Kampf, manchmal explizit, manchmal stillschweigend.

Frage: Als die Intensität der Massaker abnahm, welche Entscheidung trafen Sie? Warum sollte angesichts des Terrors weitergemacht werden?

A. E. M.: Ich glaube, dass es eine richtige Entscheidung war...

Frage: Würden Sie es wieder so machen?

A. E. M.: Unter der Voraussetzung, eine Menge Dinge zu verändern, auf jeden Fall - Gut, man müsste das genau untersuchen, aber ich glaube, wenn... Nun, es wurden Fehler begangen... Unter bestimmten Umständen...

Denn die Sache, die Entscheidung für den bewaffneten Kampf zu fällen, ist weder eine sehr romantische noch unbegründet. Sie geht vielmehr auf Umstände zurück, in denen es keinen anderen Ausweg gibt.

Frage: Als die Friedensverträge verhandelt wurden, welches war der wichtigste Erfolg der URNG in dieser Verhandlung?

A. E. M.: Ich glaube, das war die Unterzeichnung des Friedens.

Frage: Die Unterzeichnung selbst?

A. E. M.: Geholfen zu haben einen Prozess zu öffnen, in dem wir uns heute befinden, der mit gewisser politischer Freiheit erlaubt, sich zu organisieren, sich zu versammeln, wieder aufzubauen, was zerstört wurde, von einem anderen Winkel aus für das zu kämpfen, was unser Volk ist.

Frage: Inwieweit spiegelte die Auf-

nahme der Sichtweisen der einen und anderen Seite in den Text die Wechselbeziehung zwischen militärischer und politischer Macht wider?

A. E. M.: Die internationale Aufmerksamkeit begünstigte die Verträge. Hätte das unter einer Wechselbeziehung mit anderen, widrigen internationalen Mächten stattgefunden, sähe die Demokratisierung in Guatemala anders aus...

Frage: Warum schafft es die Guerilla in Guatemala nicht, sich in eine entscheidende politische Kraft zu wandeln?

A. E. M.: Ich glaube, dass das ein Prozess ist, der sich auf weltweiter Ebene abspielt, in erster Linie...

Frage: Weder in El Salvador noch in Nicaragua zum Beispiel...

A. E. M.: Nun, da herrschen bestimmte Umstände... Aber auf weltweiter Ebene doch. Ein fundamentaler Bezugspunkt ist verloren gegangen: das sozialistische Lager. Das markiert schon eine schwierige Etappe.

Es gibt Fallen, in denen wir uns verfangen, ich spreche für die URNG nicht für den Rest der Linken; sehr grosse Fallen. Eine davon ist die Demobilisierung, die unter unvorstellbar prekären Bedingungen durchgeführt wurde. Der Bauer beispielsweise: was findet der vor? Wenn er zu seinem Heimatort zurückkehrt, findet er...

Frage: Viel schlechtere Lebensbedingungen...

A. E. M.: Die kleine Parzelle der Familie ist aufgeteilt worden, und er hat kein Land mehr. Die Familie ist zerstört, und im Zweifelsfall muss er die Knochen derselben suchen. Oder die Ehefrau hat sich in der Zwischenzeit der vielen Jahre ein neues Zuhause aufgebaut.

Frage: Haben Sie jemals daran gedacht, sich als Abgeordnete in das System zu integrieren?

A. E. M.: Niemals.

Frage: Wie rechtfertigt Alba Estela Maldonado vor der zwanzigjährigen „Lola“, dass sie Dekaden später einen Kongresssitz übernehmen würde?

A. E. M.: Ich würde ihr sagen, dass ich alles tat, was ich konnte, um eine tief greifende Transformation der Gesellschaft zu erreichen. Wir hatten nicht die Fähigkeit, alles zu erreichen. Gewissermaßen sehe ich das Abgeordnetenamt nun als eine revolutionäre Aufgabe.

Das (Schul-)Jahr fängt ja gut an!

Guatemala, 03. Feb. "Die neue Bildungsministerin, María del Carmen Aceña, kaum im Amt, sieht sich und ihr Ressort vor einer zyklischen Herausforderung historischer und administrativer Art. Unter der Spitze des Eisbergs versteckt sich ein vielschichtiges Problem, das sich als äusserst komplex und dornig, mutierend und von alter Prägung der Erbin der vorhergehenden und vieler früherer ministerialer Amtsführungen präsentiert. Eine Hydra, voller unvorhersehbarer Ereignisse von Seiten ihrer Elemente und der Einstellungen, von denen als negativste die ihrer ProtagonistInnen imponieren.

Das, was vor vier Jahren der ehemalige Bildungsminister Mario Torres ankündigte, er sei ein Superminister im Dienste der Kinder und Jugend, die der Alphabetisierung und Ausbildung bedürften, resultierte als eine der grössten Prostitutionen, als ein Gefährd für die Abzweigung von Geldern in Richtung Präsidentenamt und des aufgelösten Präsidialen Generalstabs (EMP) unter Zustimmung des Finanzministeriums.

Möglicherweise ist es bereits vergessen worden, aber eins der vielen bestehenden Fragezeichen in diesem Zusammenhang bezog sich auf die Rechtfertigung des Auftrags, die Verteilung der Fonds für die Schulspeisung an eben den EMP zu delegieren, was keiner verwaltungstechnischen Logik entspricht. "Soweit Jorge Fuentes in seinem Artikel „Ein nicht beneidenswertes Erbe“, der in *Incidencia democrática* erschien.

Den rund 2,3 Mio. SchülerInnen, die im Januar das neue Schuljahr in Vor- und Grundschulen begonnen haben, stehen 14'933 Schuleinrichtungen zur Verfügung, die weiterführenden Schulen verfügen über 653 Einrichtungen für den Bildungszweig „básico“ (Mittlere Reife) und 146 für den berufsbildenden Abschluss „diversificado“. Angesichts der von der LehrerInnenvereinigung ANM seit langem angeprangerten defizitären Situation des Bildungssektors stellt sich die Frage nach dem Erfolg des Streiks und der Mobilisierung, die die Lehrenden Anfang 2003 51 Tage lang für die Verbesserung des Schulsystems demonstrieren liessen. Vielerorts ist die vorhandene Infrastruktur weiterhin von schlechtem Material, wenn nicht gar kaputt. Überall fehlt es an Lehrpersonal, Lehrmaterial und der berühmt-berüchtigten Schulspeisung, von der im vergangenen Jahr gerade die Hälfte der Lernenden zumindest einen Monat lang bedacht wurde, während rund zwei Drittel keine Schulbücher hatten.

In vielen Schulen und universitären Institutionen in der Hauptstadt fehlt es an Wasser, Strom und Telefon. Von den rund 82'000 Lehrenden sind bei einem Anteil von etwa 41% indigener Be-

völkerung ganze 15% für die Erteilung von bilinguaalem Unterricht befähigt.

Von unterschiedlichen, auch internationalen Institutionen wie u. a. der *Zentralamerikanischen Kommission für die Bildungsreform* oder dem *Iberoamerikanischen Menschenrechtsinstitut* wurde in der Zwischenzeit lediglich der katastrophale Zustand bestätigt, der längst bekannt ist. Doch grundsätzlich geändert hat sich derweil nichts.

In Kooperation mit dem UN-Entwicklungsprogramm PNUD und internationalen Institutionen ist immerhin der Plan in Angriff genommen worden, die Erweiterung des zweisprachigen Unterrichts zu realisieren.

Während Präsident Oscar Berger in seinem Wahldiskurs die Aufstockung der Flächendeckung im Vorschulbereich um 50%, der Grundschule um 100% und den weiterführenden Schulen um 30% (básico) bzw. 20% (diversificado) nannte, sowie die Erhöhung des BIP-Anteils von derzeit 1,7% auf 2,5% für den Bildungssektor, womit Guatemala immer noch unter dem lateinamerikanischen Durchschnitt von 3% liegen wird, stellen die Dezentralisierung des Schulsystems und die Institutionalisierung des Programms PRONADE, bei dem in ländlichen Gebieten die Eltern die staatlichen Bildungsgelder auf Freiwilligenbasis verwalten, die Prioritäten für die neue Bildungsministerin Aceña dar.

Aktuell ist diese jedoch mit einem ganz anderen Problem beschäftigt, das die Wogen in der LehrerInnenchaft Anfang dieses Jahres erneut hochgehen lässt. Drei Tage vor Amtsübergabe verabschiedete Ex-Präsident Alfonso Portillo in einem Regierungsdekret die Vergabe von 13'000 neuen „festen“ LehrerInnenverträgen. Abgesehen davon,

dass mit diesen auch nur ansatzweise der Bedarf gedeckt würde, stellte sich schon sehr schnell diese Aktion als weitere Farce der Portillo-Regierung heraus: Weder verfügt(e) das Bildungsministerium über den Etat der für die Entlohnung notwendigen 300 Mio. Quetzales, noch entsprach das angewandte Verfahren dem Gesetz, laut dem die Stellen per Auswahlverfahren zu verteilen sind. Stattdessen erhielten vornehmlich FRG-affine Angestellte, die zum Teil noch nicht einmal über eine Lehrausbildung noch einen offiziellen Lehrauftrag verfügen, einen Job, während langjährig aktiven LehrerInnen ihr Vertrag nicht verlängert wurde. Während Anfangs die Illegalität und Unverantwortlichkeit des Dekrets kritisiert wurde, beschwerten sich nun, nachdem Ministerin Aceña aufgrund der von Fachleuten ermittelten Ungereimtheiten Portillos Dekret temporär suspendierte, diejenigen, denen droht, die frisch ergatterten Arbeitsverträge wieder zu verlieren.

Am 06. Februar realisierte die LehrerInnenchaft eine bereits angekündigte Demonstration, mittels der sie ihre Forderungen nach einer Anpassung des Gehalts, einer angemessenen Ausstattung des Lehrbetriebs sowie die Etaterhöhung von aktuell 3,3 Mrd. Quetzales (ca. US-\$ 406,9 Mio.) auf 4,5 Mrd. Quetzales (ca. US-\$ 562,5 Mio.) wiederholten. Zusätzlich setzten sie der Regierung zur Klärung der Lehrvertragssituation eine einmonatige Frist.

Der Manifestation schloss sich ein Grossteil der Bevölkerung an, die, von den Gewerkschaften zusammengerufen, ihrerseits u. a. gegen die beständige Erhöhung der Lebenshaltungskosten und für bessere Löhne auf die Strasse gingen (siehe separater Artikel).

Freispruch

Guatemala, 30. Jan. Anhand eines Videos der entscheidenden Pressekonferenz im September 1997 konnte Bruce Harris, Regionaldirektor der internationalen Kinderrechtsorganisation *Casa Alianza*, die Unbegründetheit der Klage gegen ihn wegen Diffamierung, Meinereides und Verleumdung beweisen (vgl. ¡Fijate! 302). Die von Harris präsentierten Untersuchungsergebnisse, die *Casa Alianza* im Auftrag des *Nationalen Generalprokurats* zum Thema illegale Adoptionen und Kinderhandel erarbeitet hatte, hatten ergeben, dass neben anderen Involvierten die Rechtsanwältin Susana Luarda de Umaña in eben diese Art der Geschäfte verwickelt sei. Luarda hatte daraufhin besagte Klage eingereicht und im Gerichtsverfahren acht Jahre Haft für Harris sowie US-\$ 125'000 Schadensersatz gefordert, ohne den eingeklagten Schaden beweisen zu können.

Der Freispruch von Harris beruht nun darauf, dass dieser im öffentlichen Interesse und als Repräsentant einer Institution einen gesetzwidrigen Tatbestand – den der illegalen Adoptionen und des Kinderhandels – aufgezeigt, jedoch die Klägerin persönlich nicht beschuldigt habe.

Luarda und ihr Anwalt wollen gegen dieses ihnen als unlogisch erscheinende Urteil Einspruch erheben, derweil Harris und *Casa Alianza* die vor dem *Interamerikanischen Menschenrechtsgericht* (CIDH) eingereichte Klage gegen den Staat Guatemala weiterverfolgen werden, um das Urteil des Verfassungsgerichts aufzuheben, laut dem allein JournalistInnen das Recht auf Meinungsäusserungsfreiheit zustehe. Diese Entscheidung war ein weiterer Vorwurf gewesen, dem sich Harris im Laufe des Verfahrens seit 1997 stellen musste.

Gemeinsamer Kampf den "maras"

Guatemala, 23. Jan. Mit der Unterzeichnung eines Abkommens haben die Regierungen von El Salvador, Honduras, Nicaragua und Guatemala einen Schritt in Richtung des gemeinsamen Kampfes gegen die als „maras“ bekannten, meist gewalttätigen Jugendbanden getan. Somit ist nun den Sicherheitskräften der vier Staaten offiziell erlaubt, Mitglieder von *maras* in jedem dieser Länder, unabhängig ihrer Nationalität, festzunehmen. El Salvador und Honduras verfügen bereits über „mara-spezifische“ Gesetze, in Nicaragua und Guatemala sind diese in Arbeit. Nicht-Regierungsorganisationen dagegen sind der Ansicht, dass Prävention und Wiedereingliederungsmassnahmen wesentlich effektiver seien als die „harte Hand“.

Der gemeinsamen Erklärung der vier Präsidenten gegen die Jugendbanden liegt die Auffassung zugrunde, dass diese Gruppen Vorteile aus der extraterritorialen Struktur Zentralamerikas schlügen, um in andere Länder zu flüchten und auf diese Weise der Justiz zu entgehen. Dabei werden die in der Region als besonders brutal bekannten Banden *Salvatrucha* und *La 18* als verbotene Organisationen eingestuft und in den Fokus der von allen vier Ländern zu koordinierenden „Sicherheitsmassnahmen“ gestellt.

Es gibt keine seriösen Statistiken, entsprechend vage sind die Schätzungen, dass in Mittelamerika zwischen 80'000 und 500'000 Personen einer sog. *mara* angehören. Neben den beiden genannten, gelten *la Ratonera*, *la Mormona* und *la 25* zu den bekannteren.

Laut AnalystInnen kriminalisierten und verurteilten die „Anti-mara-Gesetze“ von El Salvador und Honduras die Bandenmitglieder von vornherein, indem sie ihnen als einzige Lösung das Gefängnis und die Unterdrückung anboten. Alternativen, wie Rehabilitationsprogramme, die Arbeitsplatzmöglichkeiten und Freizeitangebote für die aus der Gesellschaft Vertriebenen beinhalteten, würden dabei ausgeschlossen. Ausserdem wiesen die AnalystInnen darauf hin, dass sowohl das unterzeichnete Abkommen als auch die erwähnten Gesetze, die Guatemala derzeit als Vorbild gelten, hinsichtlich des Rechtes auf freie Vereinigung gegen die jeweiligen Verfassungen verstossen könnten.

Ricardo Maduro, Präsident von Honduras, ist stolz auf seinen in seiner Wahlkampagne Ende 2001 versprochenen Erfolg: Um 57% seien die Morde seit Verabschiedung des Anti-mara-Gesetzes zurückgegangen. Doch ähnlich wie Maduro hat auch schon Oscar Berger den Unwillen der Banden gegen seine Versuche zu spüren bekommen, die *maras* zu bekämpfen. „Herr Präsident, wenn Sie weiterhin die Banden verfolgen, werden wir noch mehr Leute ermorden. MS“ (MS – die Initialen der *Mara Salvatrucha*). Diese Nachricht war an dem Regenfass angebracht, in dem ein Ermordeter, nackt, an Füssen und Händen gefesselt, Ende Januar in Guatemala-Stadt entdeckt wurde.

Eine der ersten Amtshandlungen Bergers bestand darin, die *Nationale*

Zivilpolizei (PNC) durch das Militär zu unterstützen und diese gemeinsam auf Streife und auf Razzien, speziell in „mara-Gegenden“ zu schicken.

Luis Ramírez von der *Sozialen Bewegung für die Rechte der Kinder und Jugend* bewertet das zur Diskussion stehende Gesetz gegen die Jugendbanden als faschistisch, laufe es doch darauf hinaus, dass Personen aufgrund ihrer physischen Erscheinung und ihres Kleidungsstils verfolgt würden. Für Ramírez stellt das Vorgehen Bergers einen Beweis dafür dar, dass sich die neue Regierung unfähig fühlt, die Situation der öffentlichen Sicherheit zu lösen. Das Gesetz und das Abkommen stellten lediglich Palliativmassnahmen dar und vermehrten eher die Kriminalität, als dass sie von ihr abhelfen würden. Für den Verteidiger der Menschenrechte ist das Anti-mara-Gesetz nicht mehr als die Verfolgung von Menschen, deren einziges Verbrechen in manchen Fällen darin besteht, ein Tattoo zu tragen, langes Haar, weite Kleidung und Ohrringe. „Wir sind nicht dagegen, jemanden zu verfolgen, der ein Delikt oder ein Gewaltverbrechen begangen hat. Aber wir sind dagegen, dass Jugendliche verfolgt werden, nur weil sie über Charakteristika verfügen, die laut der Autoritäten eineN VerbrecherIn stigmatisiert,“ so Ramírez.

Laut Emilio Goubaud vom Menschenrechtszentrum CALDH hat die Situation ausserdem zur Folge, dass die Jugenddiskriminierung gestärkt und die Armut kriminalisiert wird.

Preisvergabe

Guatemala, 07. Feb. Nach einigen Wochen, in denen die Preise des sog. Warenkorb der Grundversorgung konstant in die Höhe schnellten, hat sich die Regierung endlich dazu entschlossen, dem Übermut des durch Bergers Präsidentschaftsantritt ermutigten Privaten Sektors Einhalt zu gebieten. Während der Präsident denjenigen Handeltreibenden die Auszeichnung und besondere *Promotion* versprach, die die niedrigsten Preise anboten, luden Wirtschaftsminister Mauricio Rolando Cuevas und Edelmiro Villatorio, Leiter der VerbraucherInnen-Informationsstelle DIACO die Produktionsketten zur Pressekonferenz, damit sie mit „fachlichen Argumenten“ die Preiserhöhung der letzten Wochen untermauerten, um im Zweifel "gebeten zu werden, die Preise zu senken,“ so Cuevas.

Zwischen Dezember und Januar waren die Preise für Produkte wie Zucker (vgl. ¡Fijáte! 302), Eier, Brot, Propangas und Strom von der drastischen Verteuerung betroffen. Das Pfund Zucker kostet anstelle von 1,70 Quetzales 1,85, das Propangas stieg im Schnitt um Q 15

und die Gallone Benzin um Q 1,49.

Für den Analysten Erick Coyoy von der Sozialforschungsvereinigung ASIES stellt diese Situation "die" Gelegenheit für Oscar Berger dar, der Bevölkerung zu beweisen, dass er unabhängig vom Privaten Sektor regiert.

Doch die WirtschaftsvertreterInnen wissen sich zu erklären. So hält Otto Estrada, Geschäftsführer der Zuckerfirma Caña Real den Eingriff der Regierung in den Markt für "wenig gesund", würden die Preise auf diesem doch von Angebot und Nachfrage bestimmt. Enrique Meléndez Vertreter der Innung der BenzinvermarkterInnen versicherte, dass allein die Kraftstoffpreise auf dem internationalen Markt den Verbrauchspreis festlegten.

Duncan Talomé, Direktor des Verbraucherschutzinstituts dagegen bekräftigte das Vorgehen der Regierung und wies darauf hin, dass diese bereits von Anfang der Preiserhöhungen an hätte agieren und den Import erweitern müssen, um die Spekulation zu vermeiden sowie ein effektives Preismonitoring zu leisten.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:

Solidarität mit Guatemala e.V.

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise

14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Zwei "immune" Männer bald vor Gericht?

Guatemala, 06. Feb. Kaum zwei Wochen nach Amtsübergabe sieht sich Ex-Präsident Alfonso Portillo an verschiedenen Fronten sich öffnenden Prozessen gegenüber, die ein Gerichtsverfahren gegen ihn zur Folge haben können. In Panama beschloss die Finanzanalyseabteilung (UAF), Informationen von vierzehn offenen Konten über US-\$ 50 Mio., die tatsächlich in Verbindung mit dem ehemaligen guatemaltekischen Staatsoberhaupt stehen, an die Staatsanwaltschaft weiterzuleiten. In Guatemala wurde mittlerweile das Urteil eines Richters von Oktober 2003 annulliert, der entschieden hatte, den bald zweijährigen „Fall Panama“ zu den Akten zu legen, währenddessen Generalstaatsanwalt Carlos de León Argueta, durch sich häufende Beschuldigungen in die Enge getrieben, er habe den Ex-Präsidenten gedeckt, sich ebenfalls dazu genötigt sah, den Fall wieder aufzunehmen. Sogleich ernannte er eine neue Staatsanwältin im „Fall Panama“ für zuständig.

Enge Mitarbeitende des ehemaligen Staatschefs und Portillo selbst beharren auf der Version, dass er Opfer eines Komplotts von mächtigen Wirtschaftsgruppen geworden sei, die dem neuen Präsidenten Berger nahe stehen und mit dem vorherigen auf Kriegsfuss standen.

Schon vor dem formalen Amtswechsel hatte eine Gruppe von RechtsanwältInnen, angeführt von den ehemaligen Präsidenten des Höchsten Gerichtshofes (CSJ), Ricardo Sagastume Vidaurre und Oscar Barrios Castillo eine Verfassungsbeschwerde eingereicht (vgl. ¡Fijate! 301). In dieser führen sie aus, dass ehemalige Präsidenten und Vizepräsidenten nicht die Immunität genießen sollten, die ihnen durch ihre „automatische“ Inkorporation in das *Zentralamerikanische Parlament* (PARLACEN) zugesprochen wird. Schliesslich seien sie nicht in diese Ämter gewählt worden.

Portillo beantragte daraufhin beim PARLACEN die Beschleunigung seiner Verteidigung.

Unterdessen berichtete die US-amerikanische Zeitschrift *Newsweek*, dass die nordamerikanische Untersuchungskommission, die sich der Ermittlungen gegen den ehemaligen Präsidenten Nicaraguas Arnoldo Alemán widmet, ihre Untersuchungen auf Portillo und diesem Nahestehende – Ex-Vizepräsident Francisco Reyes, dessen Sohn Juan Francisco Reyes Wild, Juan Antonio Riley und dem ehemaligen Privatsekretär von Portillo, Julio Girón – ausgeweitet habe. Grundlage sind die bekannten Indizien wegen Konteneröffnungen und Unternehmensgründungen in Panama.

Die ehemalige Staatsanwältin des „Falls Panama“, Karen Fischer, die zu denen gehört, die die Ermittlungen in den USA und in Panama vorantreiben, sagt dazu: „Der Knackpunkt dieser Delikte ist nicht die Konteneröffnung, sondern den unsauberen Ursprung des Geldes zu beweisen und zudem das Erscheinen von vermutlichen Strohmännern und Freunden des Ex-Präsidenten aufzuklären; es ist dabei nicht notwendig, dass die Konten auf dessen eigenen Namen laufen.“ Laut Fischer wird es schwierig sein, dass die Ermittlungen in Guatemala erfolgreich verlaufen, solange Generalstaatsanwalt de León und die von diesem ernannte Staatsanwältin, Blanca Stalling, sich des Falles annähmen.

Auf diese Feststellung laufen auch die heissen Diskussionen in den guatemaltekischen Tribunalen und in der Zivilgesellschaft hinaus, die dem Staatsanwalt eine ineffiziente Amtsführung vorhält und dessen Entscheidungen im „Fall Panama“ als Tropfen sehen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat.

Die Amtsenthebung des Chefs der Staatsanwaltschaft habe sich in den letzten Monaten zum öffentlichen Anliegen verwandelt, seine Amtsausübung habe schliesslich viel zu wünschen übrig gelassen. Dabei seien vornehmlich die Ermittlungs- und Gerichtsprozesse der Verantwortlichen von Korruptionsfällen

zu nennen, so Mario Polanco von der Menschenrechtsorganisation GAM.

Das Fehlen von konkreten und eindeutigen Ergebnissen, zum Teil in Fällen gesellschaftsweiter Bedeutung, wie die Vergehen von öffentlichen Funktionären und Unternehmern, rechtfertige laut Nery Rondenadas vom Erzbischöflichen Menschenrechtsbüro, de León einem Gerichtsprozess zu unterziehen.

Die Liste der von der Staatsanwaltschaft ungeklärten Fälle kann sich sehen lassen. Sie umfasst den Betrug um 1,6 Mrd. Quetzales des Bankiers Francisco Alvarado Macdonald, die Unterschlagung von 90 Mio. Quetzales durch Ex-Innenminister Byron Barrientos, die Hinterziehung von 239 Mio. Quetzales im Sozialversicherungsinstitut IGSS und schliesslich die Unterschlagung von 50 Mio. Quetzales durch den Ex-Präsidenten des Nationalen Kreditinstituts CHN Armando Llort.

Nach anfänglichen Unklarheiten ist jetzt auch der Weg frei für eine Ermittlungskommission gegen de León, die sich aus Mitgliedern des Kongresses zusammenstellt und die Absetzung des Generalstaatsanwalts zur Folge haben kann.

Eine Zweidrittelmehrheit im Kongress - 105 der 158 Abgeordneten - ist notwendig, um die Immunität des Staatsanwaltes aufzuheben.

Nationaler Wassermangel

Guatemala, 04. Feb. Während am 2. Februar weltweit der *Tag der Feuchtgebiete* begangen wird, hat der Zustand von Flüssen und Seen in manchen Regionen in Guatemala nicht nur gesundheits- sondern gar lebensbedrohliche Formen angenommen. Verschmutzt und weitflächig durch Erdöl- und Minenaktivitäten verseucht, von Waldbränden zerstört, durch die generelle Entwaldung und die Asphaltierung von Strassen ihres natürlichen Kreislaufes beraubt, sind die Wasserquellen, die der Versorgung der Bevölkerung dienen, rar geworden.

Landesweit, sowohl in ländlichen Gegenden wie den Departements Zacapa, San Marcos und Retalhuleu sind dabei, ähnlich wie die Hauptstadt, besonders betroffen. Hier klagen die AnwohnerInnen nicht nur über das Nicht-Vorhandensein von (ausreichend) Trinkwasser sondern vielerorts bereits über Magen-Darm-Erkrankungen, unter denen besonders die Kinder leiden. Viele Haus- und Hoftiere sind schon verendet.

Doch eine baldige und v. a. nachhaltige Veränderung ist trotz von der

Regierung angekündigter Aussendung von Wassertankwagen in der währenden Sommertrockenzeit wohl noch nicht in Sicht.

Zwei Jugendliche in einem Dorf im Departement Totonicapán sind bei dem Versuch, einen Brunnen zu graben, verschüttet worden. In anderen Orten steigen die Aggressionen zwischen den NachbarInnen, die sich gegenseitig beschuldigen, den lokalen Wasserzufluss zu blockieren.

Neben der generell unsicheren Wasserversorgungslage sowohl in der Stadt als auch auf dem Land und dem vornehmlich städtischen rasanten Bevölkerungszuwachs durch Zuwanderung, wird von Umweltorganisationen stets auch der verschwenderische, unverantwortliche Umgang mit dem „blauen Gold“ durch die Bevölkerung als zusätzlicher Risikofaktor und Manko genannt.

Entsprechende Initiativen zur Bewusstseinsbildung wurden auch jetzt wieder angekündigt. Bleibt zu hoffen, dass diese sowie generelle Umweltmassnahmen auf Dauer Erfolge zeitigen.

